

Studiengruppe "Auswertung
Jugoslawienkonflikt"
536

3003 Bern, 11. Dezember 1992

Aktennotiz über die 1. Sitzung betreffend die Auswertung der Erkenntnisse aus dem Jugoslawienkonflikt vom 9. Dezember 1992

- Teilnehmer:**
- HH - H. Dahinden, lic.oec., Direktor der Zentralstelle für Gesamtverteidigung (Vorsitz)
 - B. Nobs, Dr. phil. I, Politische Abteilung I, EDA, Sekretär Sonderstab Jugoslawien
 - T. Bühler, lic. phil., Stv. des Chefs der Sektion Länderinformation und Lageanalysen, Bundesamt für Flüchtlinge
 - H. Heinzmann, lic. ès sc. comm. et éc., Vizedirektor Bundesamt für Zivilschutz
 - A. Lager, Chef Sektion Ausbildung und Spezialaufgaben, Bundesamt für wirtschaftliche Landesversorgung
 - Dr. med. J.-H. Piguet, Stv. Direktor, Bundesamt für Sanität
 - W. Rothen, Chef der Sektion Koordination, Zentralstelle für Gesamtverteidigung
 - H.R. Schad, Adjunkt, Sekretär des Stabes für Gesamtverteidigung (Aktennotiz)
 - PD Dr. R. Meyer Schweizer, Präsidentin des Ausschusses Frau und Gesamtverteidigung
 - K. Winzeler, Geschäftsstelle des Koordinationsausschusses Bauten mit Schutz gegen Waffenwirkungen
- Entschuldigt:**
- Vertreter Stabschef Operative Schulung, Stab der Gruppe für Generalstabsdienste
 - Vertreter Abteilung Friedenspolitische Massnahmen, Stab der Gruppe für Generalstabsdienste

1. Einleitung durch den Vorsitzenden

Herr Dahinden: In der Einladung zur Sitzung wurde über das Wichtigste orientiert. Der Bundesrat hat den Sonderstab Jugoslawien eingesetzt mit dem Auftrag, die schweizerische Jugoslawienpolitik zu koordinieren und dem Bundesrat die notwendigen Entscheidungsgrundlagen vorzubereiten. Im Augenblick haben die zu treffenden Massnahmen im Sonderstab Priorität.

Die Bereiche der defensiven Komponente unserer Sicherheitspolitik (Armee, Zivilschutz, Wirtschaftliche Landesversorgung) sind bis heute nur insofern betroffen, als sie aus ihren Beständen zur Hilfeleistung beitragen. Sie und ein Teil der Koordinierten Dienste verfolgen die Ereignisse

aber mit Aufmerksamkeit: Es geht für sie darum, die eigenen Vorbereitungen in bezug auf den Bevölkerungsschutz, den Sanitätsdienst, usw. zu überprüfen. In diesem Bestreben sind bereits verschiedene Kontakte aufgenommen worden.

Der Koordinationsausschuss für Bauten mit Schutz gegen Waffenwirkungen (KASKO) hat ein Projekt für die Auswertung der schutzbautechnischen Erkenntnisse aus dem Jugoslawienkonflikt vorgelegt. Für die ZGV stellte sich die Frage, ob dieser Auftrag noch etwas erweitert werden könnte, um damit die Bedürfnisse anderer Bundesstellen ebenfalls abzudecken.

Es geht nicht darum, die Gesamtlage noch einmal zu erarbeiten oder parallel zum Sonderstab Jugoslawien eine grosse Organisation aufzubauen, sondern darum, vorhandenes Wissen auf möglichst einfache Weise für die Partner der Gesamtverteidigung nutzbar zu machen. Selbstverständlich glauben wir nicht, dass ein solcher Bürgerkrieg in der Schweiz möglich wäre. Auch der Zivilschutz ist in den umkämpften Gebieten nicht so ausgebaut, wie in der Schweiz. Trotzdem lassen sich aus dem Geschehen in Jugoslawien beispielsweise Schlüsse betreffend die Verwundbarkeit der Infrastruktur und den Bevölkerungsschutz ziehen. Es geht darum Leute anzuhören, welche vor Ort diesen Krieg miterlebt haben und die uns Erfahrungen aus ihrem Spezialgebiet weitervermitteln können.

Die heutige Sitzung dient dazu festzustellen, welche Bedürfnisse nach vertiefter Abklärung bestehen.

2. Zusammenfassung der Eintretensdebatte

Herr Nobs orientiert über die Aufgabe und Zusammensetzung des Sonderstabes Jugoslawien. Im Sonderstab Jugoslawien sind alle interessierten Stellen vertreten. Das Sekretariat des Sonderstabes führt die Tagesgeschäfte im Zusammenhang mit dem Jugoslawienkonflikt. Es arbeitet mit den anderen Bundesstellen zusammen, wenn es um konkrete Sachgeschäfte geht. Ueber das Sekretariat werden die Mitglieder des Sonderstabes über die Lage, die beabsichtigten Massnahmen und die offizielle Haltung der Schweiz orientiert. In der Schweiz gibt es eine sehr grosse Zahl von jugoslawischen Staatsbürgern. Die Schweiz ist deshalb vom Konflikt direkt betroffen.

Zur Haltung des Sonderstabes zum Anliegen der ZGV:

Auf den ersten Blick ist das eine sehr interessante Initiative. Es wird ein Aufgabenbereich angesprochen, der nach innen gerichtet ist und in den Bereich der zuständigen Stellen der Gesamtverteidigung fällt. Die interne Aufarbeitung der Folgen des Konfliktes können wir nur unterstützen. Diese Aufgabe nach innen und die Aufgabe des Sonderstabes Jugoslawien nach aussen dürfen aber nicht verknüpft werden.

Zur Information: Soweit sie nach aussen dringt, muss sie unbedingt über den Sonderstab Jugoslawien gehen, der für die Information über den Jugoslawienkonflikt zuständig ist.

Allfällige Lehren aus dem Jugoslawienkonflikt sollten koordiniert und gebündelt nach aussen gegeben werden.

Herr Piquet möchte wissen, welche Nachrichtenquellen durch den Sonderstab Jugoslawien erfasst werden. Der Koordinierte Sanitätsdienst wäre daran interessiert, medizinische Informationen zu erhalten über

- den realen Gesundheitszustand der Bevölkerung vor Ort,
- das Funktionieren des Gesundheitswesens,
- die Pathologie, das Patientengut.

Dazu könnte man einerseits die offiziellen Organisationen, andererseits das IKRK und andere nicht gouvernementale Organisationen, wie beispielsweise Médecins sans frontières konsultieren. Wir haben das bisher nicht getan. Dazu sind wir an allen Publikationen in spezialisierten Fachzeitschriften interessiert (wohl wissend, dass man in bezug auf diese Publikationen sehr kritisch sein muss).

Herr Nobs: Quellen des Sonderstabes Jugoslawien sind: Die Zeitungen (beispielsweise NZZ), das österreichische Fernsehen, direkte Kontakte mit den Botschaften in Belgrad und Zagreb, die Kontakte im Rahmen der UNO-Konferenz in Genf/London, interne Kontakte zu den Bundesämtern (SKH, BFF, usw.). Daraus versucht der Sonderstab ein unverzerrtes Bild der Lage zu erarbeiten.

Herr Winzeler stellt fest, dass im Golfkrieg durch den gezielten Waffeneinsatz auf die Infrastruktur die Zivilbevölkerung unsägliches Leid erlitten hat. Der KASKO möchte keinen Nachrichtendienst betreiben, sondern technische Abklärungen in bezug auf den Bevölkerungsschutz treffen, z. Bsp. näheren Aufschluss darüber erhalten, welche Schäden die eingesetzten Waffen bei normalen zivilen Bauten hinterliessen.

Herr Heinzmann: Das Bundesamt für Zivilschutz ist an Erkenntnissen für den Zivilschutz und den Kulturgüterschutz sehr interessiert. Auch im Zusammenhang mit dem Golfkrieg wurden die Erkenntnisse in bezug auf den Bevölkerungsschutz und vor allem das Verhalten der Bevölkerung ausgewertet: Mit welchen Mitteln hat man sich geschützt und mit welchem Erfolg? Die Auswertung der Golfkrise war nicht sehr ergiebig. Immerhin hat sich bestätigt, dass die Bevölkerung geschützt werden will und überall dort, wo Schutzmöglichkeiten vorhanden waren und behördlich geführt wurde, konnten Menschenleben geschont werden.

In diesem Sinne ist das Vorhaben und das koordinierte Vorgehen zu begrüssen. Das BZW ist sehr daran interessiert, mehr zu erfahren, als über die Massenmedien berichtet wird. Interessieren würde auch, ob die bezeichneten Kulturgüterschutzobjekte in diesem Krieg geschont wurden.

Herr Lagger: Das Bundesamt für wirtschaftliche Landesversorgung wäre sehr daran interessiert, mehr Informationen über die logistischen Probleme zu erhalten. Was wir bis jetzt wissen, haben wir über die Lagekonferenz und die Medien erfahren. Leute, die vor Ort waren und in diesem speziellen Bereich gearbeitet haben, könnten sicher noch mehr wissen.

Die Mitarbeit des BWL müsste sich auf die Fragestellungen beschränken, Input kann das BWL keinen liefern. Das BWL ist auch daran interessiert, dass keine unkoordinierten Informationen an die Öffentlichkeit weitergegeben werden, weil daraus leicht falsche Schlüsse gezogen werden könnten.

Herr Bühler ist damit einverstanden, dass diese Auswertung nach innen geschieht. Das Bundesamt für Flüchtlinge verfügt für seinen Bereich über genügend Informationen. Rückkehrer werden von Spezialisten im Hinblick auf verletzte Menschenrechte befragt.

Frau Meyer Schweizer: In diesem Krieg zeigt sich die besondere Betroffenheit von Frauen. Von besonderem Interesse sind die Auswirkungen der psychologischen Kriegführung, welche mitzustudieren sind und aus denen man Lehren ziehen kann. Auch die Informationsbedürfnisse in ausserordentlichen Lagen könnten am praktischen Beispiel studiert werden: Wie wirkt sie, bzw. was kann sie nicht bewirken?

Herr Dahinden fasst das Ergebnis der Eintretensdebatte wie folgt zusammen:

- Ein gewisses Bedürfnis nach mehr fachspezifischen Informationen über den Jugoslawienkonflikt und eine Auswertung der Erkenntnisse zuhanden der Bereiche der Gesamtverteidigung ist vorhanden.
- Das Vorhaben wird somit weiterverfolgt.
- In bezug auf die Information der Öffentlichkeit ist der Sonderstab Jugoslawien zuständig. Ohne Einverständnis des Sonderstabes Jugoslawien darf keine Information nach aussen gegeben werden.

3. Weiteres Vorgehen

Herr Dahinden stellt die Frage nach dem weiteren Vorgehen und dem möglichen Endergebnis:

- Sollen Hearings mit Spezialisten, die vor Ort waren, organisiert werden?
- Welche Fragestellungen interessieren Sie?
- Sollen die Informationen und Erkenntnisse in einem Gesamtbericht zusammengefasst werden oder wird es den einzelnen Mitgliedern der Arbeitsgruppe überlassen, die Informationen in ihrem Bereich weiterzugeben?

Es ist durchaus möglich, dass auch aus dem Parlament eine Anfrage in dieser Richtung kommt. Dann wäre man vielleicht

froh, wenn man bereits eine solche Arbeitsgruppe hätte, die Auskunft geben kann.

Herr Schad teilt mit, dass die ZGV bisher zu folgenden Personen Kontakt aufgenommen hat:

- Divisionär Eichenberger, Oberfeldarzt, Präsident des Ausschusses Sanitätsdienst;
- T. Frisch, Schweizerisches Katastrophenhilfskorps;
- C. Sommaruga/C. Caratsch, Präsident/Vizepräsident IKRK;
- P. Studer, Schweizer Fernsehen betreffend Urs Tanner;
- M. Meister, Armeefilmdienst, betreffend Aufnahme der Fernsehsendungen zu diesem Thema;
- K. Muster, Präsident des Ausschusses KASKO.

Herr Nobs ist der Auffassung, dass es nicht Aufgabe des Sonderstabes Jugoslawien sein kann, Experten zur Verfügung zu stellen. Die Bereiche der Gesamtverteidigung kommen nicht darum herum, eigene Nachrichtenquellen zu erschliessen. Der Sonderstab ist aber bereit, Kontakte mit Leuten herzustellen, die im Ausland sind.

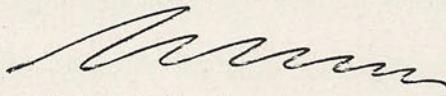
Beschlüsse:

1. Durch die ZGV werden Hearings mit Spezialisten organisiert und weitere Unterlagen nach Bedarf beschafft.
2. Damit diese Hearings organisiert werden können, melden die Mitglieder der Studiengruppe **bis Mitte Januar 1993 der ZGV** die sie **interessierenden Fragestellungen**.
3. Gleichzeitig melden die Mitglieder der Studiengruppe mögliche Personen/Organisationen, die im Hinblick auf ein positives Ergebnis für ein Anhörung bzw. weitere fachspezifische Unterlagen angesprochen werden sollten.
4. Die ZGV sammelt die Meldungen und stellt sie den Mitgliedern der Studiengruppe für die nächste Sitzung zu.
5. Die Federführung für die interne Auswertung der Erkenntnisse des Jugoslawienkonflikts im Rahmen der Gesamtverteidigung und das Sekretariat liegen bei der ZGV. Mitbeteiligt sind Stab GGST (SCOS, AFM), BZS, BWL, BFF, KSD (BASAN), KASKO, Frau und GV. (U.
Auswertung
im Laufe
der Arbeit)
6. Der Sonderstab Jugoslawien wird jeweils zu den Sitzungen der Studiengruppe eingeladen.
7. Die Unterabteilung Nachrichtendienst und Abwehr des Stabes der Gruppe für Generalstabdienste und die Bundeskanzlei werden eingeladen, bei den Arbeiten der Studiengruppe mitzuwirken.

8. Die nächste Sitzung der Studiengruppe findet Dienstag, den 2. Februar 1993, 1400 Uhr, bei der ZGV, Wildhainweg 9 statt und dient vor allem der Bereinigung der Bedürfnisse, der Festlegung der Zielsetzung für die Auswertung und der Vorbereitung der Hearings.

Für die Aktennotiz:

ZENTRALSTELLE FÜR GESAMTVERTEIDIGUNG
Chef Stabsdienste



H.R. Schad